

Wöchentlich 20 Pfennig, monatlich 1. Reichsmark im Voraus zahlbar. Unter Geschäfts- und Anzeigen 3.00 Reichsmark pro Raum.

Die "Vorwärts" mit der Illustration im Sonntagshefte "Woll und Zeit" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Witz", "Was der Himmel", "Stadtblätter", "Frauenstimme", "Der Kinderfreund", "Jugend-Sonett", "Auf in die Zukunft", "Kulturkritik" und "Lesezeit" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
19. Januar 1928
10 Pfennig

Die einseitige Kooperationspolitik des Reichs. Reichsmark "Reine Witzblätter" das feinste Blatt 25 Pfennig (wöchentlich zwei feinstgedruckte Blätter), jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Stellengelüste des Reichs. Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Wort über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 262-267. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Diskontogesellschaft, Postfach 111, Lindenstr. 3

Gröner statt Geßler.

Heute zum Wehrminister ernannt.

Amlich wird bekanntgegeben: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichkanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Wie auf Kommando richtete die Rechtspresse plötzlich heftige Angriffe gegen den General Gröner, seit er als Nachfolger Geßlers in Aussicht genommen war. Die Parteien des Bürgerblocks konnten sich nicht einigen, deshalb wurde die Presse der Deutschnationalen entsprechend "informiert". Plötzlich haben die Blätter entdeckt, daß ein ehemaliger Berufsoffizier nicht geeignet sei, Wehrminister zu spielen, besonders nicht ein Mann, der sich in der Revolutionszeit bei den "nationalen Kreisen" verdächtig gemacht habe.

Nicht mehr auffällig ist es, daß die Monitore des für Diktaturzwecke rekrutierten Film- und Pressekönigs Hugenberg besonders schmerzhaft gegen Gröner aufzuziehen, von dem man sagt, daß er bei Hindenburg freundliche Aufnahme finden würde.

Das Räufenspiel um die Nachfolge Geßlers zeigt, daß der Bürgerblock am Ende seines Latens ist. Er soll sich darauf beschränken, zu verschwinden und dem neuen Reichstag Platz zu machen, den das Volk baldigt zu wählen haben wird.

Durch die Wahl und nach der Wahl wird auch über die Gestaltung der Dinge im Reichswehrministerium entschieden werden.

Die Kosten des Auswärtigen Amtes. Breitscheid gegen das plutokratische System.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt nahm bei Gelegenheit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes Genosse Breitscheid das Wort, um zunächst die großen Unklarheiten des Etats unter Anführung zahlreicher Einzelheiten auf das Schärfste zu tabeln. Man könne diese Unklarheiten schon fast als Bilanzverschleierung bezeichnen. Die vorgebrachten Daten erschienen dem Ausschuss so schwerwiegend, daß ein Untersuchungsausschuss beantragt wurde, sich des genaueren mit dem Etat des Auswärtigen Amtes zu befassen. Genosse Breitscheid tabelte des weiteren die Ausbreitung des plutokratischen Systems im Auswärtigen Amt und kritisierte, daß die Leitung des Amtes der vielfach in den Kreisen der Mittels- und Vorherrschaften republikanischen Einstellung nicht scharf genug entgegengetrete. Auch die Regelung der Frage der Sozialkatastrophen sei gänzlich ungenügend. Das Völkerbundreferat müsse weiter ausgebaut werden. Die deutschen Delegationen zum Völkerbund seien viel zu groß und kostspielig. Der Liga für den Völkerbund solle ein Betrag von jährlich 60 000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Linkskurs in Danzig.

Nach deutschnationaler Mißwirtschaft.

E. L. Danzig, 18. Januar.

Bisher war die Freie Stadt Danzig seit ihrer Begründung im Jahre 1920 mit einer kurzen Unterbrechung von einem Bürgerblock regiert worden, in welchem die Deutschnationalen die ausschlaggebende Partei waren. Die Volkstagswahl am 13. November vorigen Jahres brachte den Deutschnationalen eine arge Niederlage, während die Sozialdemokratie ihre Abgeordnetenzahl von 30 auf 42 steigern konnte und somit zur weitaus stärksten Partei des Parlaments in Danzig wurde. Infolgedessen ist in der ersten Sitzung des neuen Volkstages zum Präsidenten auch der sozialdemokratische Abgeordnete Spill gewählt worden, der bereits früher Vizepräsident des Volkstages war. Nach dem Stärkeverhältnis der Parteien wurden dieses Mal als Vizepräsidenten ein Deutschnationaler und ein Zentrumsabgeordneter gewählt.

Die Neubildung der Danziger Regierung ist nunmehr am Mittwoch nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Die neue Regierungskoalition stützt sich auf die Sozialdemokratie (42 Abgeordnete), das Zentrum (18 Abgeordnete) und die Linkliberalen (8 Abgeordnete), so daß die neue Regierungskoalition im Parlament über 68 Stimmen gegenüber 54 Stimmen der Opposition verfügt. Es darf damit gerechnet werden, daß einige kleine Parteiengruppen auch noch wohlwollende Neutralität gegenüber der neuen Regierung üben werden.

Die Sozialdemokratie hat sich zur Beteiligung an einer Koalitionsregierung vor allem deshalb entschlossen, weil nur auf diesem Wege die Durchführung einer in Danzig unbedingt notwendigen Verfassungsreform möglich ist. Die Freie Stadt, ein Staatsgebilde von 350 000 Einwohnern, hatte bisher nicht nur ein Parlament von 120 Abgeordneten, sondern auch eine Regierung von 22 Senatoren, von denen 8 als Beamte immer auf vier Jahre gewählt wurden und dann von der Volksoberleitung völlig unabhängig waren und selbst bei argsten Mißerfolgen oder größter Unfähigkeit nicht zum Rücktritt gezwungen werden konnten. Dieser Mißstand der Danziger Verfassung soll nunmehr nach einem zwischen den neuen Regierungsparteien abgeschlossenen Kompromiß beseitigt werden. Der Senat wird in Zukunft nur aus 12 Personen bestehen, von denen 5 als Fachsenatoren voll bezahlt werden, während die anderen nebenamtlich wirken. Alle Senatoren werden in Zukunft auf unbestimmte Zeit gewählt und sind vom Vertrauen der Mehrheit des Volkstages abhängig. Der Sozialdemokratie ist es durch diese Verfassungsreform gelungen, Danzig endlich von der Diktatur deutschnationaler Beamten senatoren zu befreien und das parlamentarische Regierungssystem auch in Danzig einzuführen. Eine weitere, von der Bevölkerung allgemein gewünschte Reform bringt das Verfassungskompromiß der neuen Regierungsparteien noch dadurch, daß die Zahl der Abgeordneten des Volkstages von 120 auf etwa 80 herabgesetzt wird.

Ein schwieriges Problem hat der Linksensatz zu lösen bei der Ordnung der Danziger Staatsfinanzen. Seit mehreren Jahren leidet die Freie Stadt Danzig an einer argen Finanzkalamität. Die Einnahmen aus dem Zollanteil Danzigs bei der polnischen Republik sind in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen. Der frühere deutschnationale Senat hat trotzdem in Danzig einen geradezu grotesken Verwaltungsapparat aufgebaut, um möglichst viele deutschnationale Parteianhänger in gutbezahlte Staatsstellungen unterzubringen.

Wie wenig für die Deutschnationalen als Regierungspartei das Staatswohl maßgebend ist, zeigten sie nach in den letzten Wochen ihrer Regierungsherrschaft, indem sie alle freiwerdenden Beamtenstellen noch schleunigst mit ihren Parteifreunden besetzten, bevor der Linksensatz ans Ruder kam. Ein Vorgehen, das um so skandalöser ist, als der Rechtsensatz selbst sich im vorigen Jahre gegenüber dem Völkerbund verpflichtet hat, 800 Beamte innerhalb von zwei Jahren abzubauen, ein Vorgehen, dessen Erfüllung die Deutschnationalen nun dem Linksensatz überlassen haben.

Die arbeitende Bevölkerung Danzigs erwartet vom neuen Senat besonders den Ausbau der Sozialpolitik. Die Deutschnationalen betonten zwar in den sieben Jahren ihrer Danziger Regierungszeit bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Verbundensein Danzigs mit Deutschland, verhinderten aber bisher, dieser Verbundenheit durch Uebernahme deutscher fortschrittlicher Sozialgesetze wie des Betriebsrätegesetzes praktischen Ausdruck zu geben. Den deutschnationalen Parlamentariern erschien vielmehr das auf diesem Gebiet rüchständige Polen als erstrebenswertes Ideal. Zwischen den neuen Regierungsparteien ist dagegen vereinbart worden, daß die Ausgestaltung des Arbeitsrechts in Danzig im Anschluß an die deutsche Gesetzgebung baldigt zu erfolgen hat.

Ob der neue Linksensatz erfolgreich für Danzig wirken können, hängt zu einem wesentlichen Teil auch von

Moskau erklärt ...!

Die Aufrechten „aus Moskau verschickt“. — Die reuigen Sünder „in die Provinz zur Arbeit entsandt“.

Moskau, 19. Januar.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion veröffentlicht über die Maßnahmen, die gegen die Oppositionsführer getroffen worden sind, folgende Mitteilung:

Die Regierungsorgane der Sowjetunion haben festgestellt, daß eine Reihe von Anhängern der auf dem 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aus der Partei ausgeschlossenen oppositionellen Gruppen der Trozkisten und Sapronowisten folgende nach dem Parteitag nach dem Zerfall des Oppositionsblocks eine illegale sowjetfeindliche Tätigkeit

entfalteten. Diese Tätigkeit kam in Versuchen zum Ausdruck, eine Geheimorganisation zu schaffen, eine Reihe von sowjetfeindlichen Aktionen vorzubereiten und einen engen Kontakt mit den in Moskau befindlichen Vertretern der ausländischen Bourgeoisie herzustellen, durch die die Anhänger Trozkis ihr Material und böswillig erfundene Informationen in Auslande verbreiteten und mittels derer sie sich mit ihren Anhängern im Auslande in Verbindung hielten. In Anbetracht dessen, daß eine verbrecherische sowjetfeindliche illegale Tätigkeit der Trozkisten und Sapronowisten festgestellt worden ist, wurde es als minimale Maßnahme zur Sicherung der Interessen des proletarischen Staates für notwendig befunden,

dreißig afflore Mitglieder dieser Gruppen aus Moskau zu verschicken,

darunter Trozki, Iwan Smitnow, Serebrjakoff, Pader, Rurakoff, Beloborodoff, Sapronoff, Michail Smirnow, Charetschko, Smilga, Bardin, Soforoff, Sokolowski und andere. Eine Reihe weiterer Personen, darunter Kotschikoff, Boguslawski und Drobnis, wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen. Was Sinajew, Kamanoff und andere anlangt, die aus dem Oppositionsblock ausgetreten sind, so wurden sie, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion erzählt, angesichts ihrer Erklärung über ihre Unterwerfung unter alle Beschlüsse und Bedingungen des 15. Parteitages von den Parteiorganen in die Provinz zur Arbeit entsandt.

Nach dieser offiziellen Kundgebung sind die Maßnahmen, die gegen die oppositionellen Altkämpfer getroffen wurden, dreierlei Art. Die reuigen und bußfertigen Sünder wurden „in die Provinz zur Arbeit entsandt“. Eine andere Gruppe, von deren Bußfertigkeit man nicht ganz überzeugt ist, wurde „aufgefordert, Moskau zu verlassen“, das heißt aus der Reichshauptstadt ausgewiesen. Dreißig „Unverbesserliche“, darunter Trozki selbst, wurden „aus Moskau verschickt“, das heißt auf den Schub und in Zwangsaufenthalt

gebracht. Die Maßnahmen bewegen sich also von der untersten Grenze der Strafverfolgung bis zur obersten der Verbannung in altrussischem Sinne.

Ueber eine zeitliche Begrenzung wird in der offiziellen Kundgebung nichts gesagt, doch erfahren wir, daß die Verbannung zu nächst für drei Jahre erfolgt ist. Auch das entspricht der altrussischen Praxis. Eine Verlängerung kann ohne weiteres auf administrativem Wege erfolgen.

Ueberhaupt ist es für die gesamten Maßnahmen kennzeichnend, daß sie administrativer Natur sind. Die offizielle Erklärung spricht was von einer „verbrecherischen“ Tätigkeit, aber nicht von einem gerichtlichen Verfahren. Sie spricht vielmehr selber von Maßnahmen, die von den obersten Regierungsstellen getroffen worden sind.

So handelt es sich im ganzen um Vorgänge, die nur in einem unzivilisierten Lande möglich sind. Dutzende von Menschen werden ihrer Freiheit beraubt ohne gerichtliches Urteil! Eine Erklärung wird in die Welt hinausgeschickt, die die Betroffenen einer „verbrecherischen“ Tätigkeit beschuldigt, diesen selbst ist aber keine Möglichkeit gegeben, die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Niemand innerhalb des Machtbereichs der Sowjets kann ein Wort zu ihrer Entschuldigung sagen, ohne daß er dem gleichen Schicksal verfallen wie sie.

heiliges Rußland!

Untersucht man jedoch die gegen die Verbannenen erhobenen Vorwürfe, so findet man, daß sie nichts getan haben, was man ihnen in einem zivilisierten Lande als Straftat anrechnen könnte. Sie haben an Regierungsmaßnahmen Kritik geübt. Sie haben diese ihre Kritik auch ausländischen Zeitungsdirigenten gegenüber nicht verschwiegen. Sie haben — welche üble Polizeiphrase! — mit ihren Anhängern im Ausland Verbindung gesucht! Kurz, sie haben Dinge getan, die in einem Rechtsstaat zu den selbstverständlichen Rechten der Staatsbürger gehören. Darum hat man sie nach Sibirien geschickt!

Die offizielle Erklärung spricht von drei Gruppen führenden Politiker. Sie spricht nicht von den oppositionellen Arbeitern, die hausweise aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen und vor die Wahl gestellt werden, entweder mit den Ihren zu verhungern oder in einem Orte, der einem Verbannungsort gleichkommt, Arbeit anzunehmen.

Ist das der „sozialistische Zuchthausstaat“, von dem einst Eugen Richter phantasiert hat?

Zuchthausstaat — ja! Aber sozialistisch — nein und abermals nein!

Polen ab. Die Danziger Sozialdemokratie forderte stets eine Verständigungspolitik Danzigs gegenüber Polen und bekämpfte stark die Handelspolitik der Deutschnationalen. Auch als Regierungspartei wird die Sozialdemokratie nach diesem Grundsatze handeln. Um so mehr aber hat Polen die Pflicht, jetzt auch gegenüber Danzig einen anderen Kurs einzuschlagen als bisher. Noch immer wird die Danziger Bevölkerung bedroht durch das polnische Munitionsdepot im Danziger Hafen. Eine möglichst baldige Verlegung des polnischen Munitionshafens von Danzig nach dem im Ausbau befindlichen polnischen Hafen Gdingen würde sehr zur Verbesserung der Danzig-polnischen Beziehungen beitragen. Ebenso muß die Frage des Anlegens der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen, die Beschäftigung polnischer Arbeiter in Danzig und die Tarifsetzung auf den polnischen Eisenbahnen für Danziger Handelswaren in einem Sinn gelöst werden, der Danzigs Wirtschaft fördert und den Deutschnationalen die Möglichkeit nimmt, weiterhin in Danzig nationalistische Verheugung zu betreiben.

Die Danziger Bevölkerung hat allgemein den neuen Senat begrüßt. Mag er durch eine energische Reformpolitik den Erwartungen entsprechen, die man in Danzig auf ihn setzt.

Das Echo der Länderkonferenz.

Matt und faul.

Das Echo der Presse auf die heute morgen veröffentlichten Ergebnisse der Länderkonferenz ist in einem Punkte merkwürdig einheitlich. Alle Blätter unterstreichen die Feststellung, daß über die Notwendigkeit einer Reform des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern kein Zweifel bestand, daß aber zwingende Schlüsse daraus nicht gezogen werden. „Mehr als bescheiden“ nennt die volksparteiliche „Sächsische Zeitung“ die viel- (oder besser: nichts-) sagende Resolution. „Ein Kompromiß von sehr begrenzter Bedeutung“ ist sie nach dem Urteil der „Täglichen Rundschau“, „höchstens ein Anfang“ nach dem „Tag“. Dieses letztere Hugenberg-Blatt stellt folgende hübsche Nuance aus den Verhandlungen fest:

Zufälligerweise ist in dem vorliegenden Legte nur zu lesen, daß Einigkeit darüber bestand, daß eine starke Reichsgewalt notwendig sei, während wohl ursprünglich von einer „Stärkung der Reichsgewalt“ die Rede war. Ein Unterschied, der dem Wort nach gering, der Bedeutung nach naturgemäß je nach der Einstellung für die Anhänger des Einheitsstaates oder des föderativen Staates von großer Bedeutung ist.

Die „Sächsische Zeitung“ glorifiziert die Wendung von der starken Reichsgewalt richtig, indem sie schreibt:

Wie man aber eine starke Reichsgewalt aufrecht und andererseits die Macht der Länder unangefastet läßt, wie man die Reichsfinanzen sanfter und die „finanzielle Ausbuchtung“ zum Schaden der Länder vermeiden will, die besten Fragen können nur diejenigen beantworten, die die Kunst beherrschen, Bören zu machen und sie nicht noch zu machen.

Die partikularistisch-obskure „Deutsche Zeitung“ ist glücklich darüber, daß wenigstens die Bildung von Reichsländern abgelehnt, sonst also für eine Vereinheitlichung des Deutschen Reiches nichts getan wurde.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt das Ergebnis „matt und enttäuschend“ und nagelt die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen fest, als deren Vertreter Herr Hergt gestern sein Bedauern darüber ausdrückte, daß keine Endlösung zustande gekommen ist:

Gute Freunde des Reichsjustizministers, an der Spitze der bayerische und württembergische Ministerpräsidenten, haben alles getan, um eine Endlösung heute zu vereiteln. Die Kritik des Reichsjustizministers galt also seinen intimen Freunden. Warum hielt nicht der Reichskanzler das Schlusswort? Weil ihn die Sorgen seiner Partei plagten! Und warum

hörte man in diesen Tagen der Diskussion gar nichts vom Reichsinnenminister? Weil der Reichsinnenminister Reudell heißt!

Wenig erfolgreich ist das Bemühen der „Germania“, doch noch Positives im Ergebnis der Länderkonferenz zu entdecken; sie sagt, man müsse die Arbeit für den Einheitsstaat „mehr in das Volk selbst verlegen“ und dabei auf den Luther-Bund und große Hoffnungen setzen. Ein privater Verein soll leisten, was die Regierungsparteien nicht fertig bekommen!

Ja, dort muß es enden, wenn der jeder positiven Idee entbehrende Bürgerblock Reichspolitik treiben will. Man muß abwarten, ob es den von der Konferenz beschlossenen Ausschüssen gelingen wird, trotz der vielen Beschränkungen ihrer Arbeit Vorschläge zur Vereinfachung des Staatsapparates zu machen.

„Nur eine Enquête.“

Wie nachträglich berichtet wird, hat die Länderkonferenz mehr den Charakter einer Enquête als den einer Beratung gehabt. Die Reichsregierung betrachtete diese Konferenz lediglich als Gelegenheit für die Ministerpräsidenten der Länder, ihre Meinungen über die verschiedenen Probleme zu äußern. Deshalb haben sich auch die Reichsminister an der Debatte nicht beteiligt. Nur der Reichsarbeitsminister hat einmal eine Nichtigstellung vorgebracht. Im übrigen ist der Standpunkt der Reichsregierung, soweit das überhaupt geschah, durch den Reichskanzler und gegen Schluß in seiner Betretung durch den Reichsjustizminister und Reichskanzler Hergt dargestellt worden.

Die merkwürdige Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber allen partikularistischen und verfassungsfreundlichen Redezweifeln der Bazille, Held usw. ging sogar soweit, daß selbst bei der Frage des Finanzausgleichs nicht einmal der Reichsfinanzminister das Wort ergriffen hat.

Severing spricht erst morgen.

Auf Wunsch des Zentrums hält in der heutigen Reichstags-Sitzung nur der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Staatsrede. Die Debatte wird erst morgen 1 Uhr mit der Rede Severings eröffnet.

Der Beamtenstand im Reiche.

Vermehrung bei der Finanzverwaltung, Verminderung bei der Postverwaltung.

Dem Reichstag ist vom Finanzminister eine Uebersicht über den Personalstand nach dem Stande vom 1. Oktober 1927 zugegangen. Danach waren zu diesem Zeitpunkt bei den Hoheitsverwaltungen 97.282 Beamte, 23.001 Angestellte und 51.473 Arbeiter, bei der Post und Reichsdruckerei 249.125 Beamte, 3593 Angestellte und 44.483 Arbeiter beschäftigt.

Seit dem 1. April 1927 hat sich die Zahl der Beamten bei den Hoheitsverwaltungen um 2.155 Köpfe vermehrt, die in der Hauptsache auf die Reichsfinanzverwaltung entfallen. Ferner ist eine Vermehrung der Arbeiter um 6.170 Köpfe eingetreten, die hauptsächlich beim Reichsverkehrsministerium erfolgte. Die Zahl der Angestellten hat sich um 1.623 vermindert. Bei der Post ist eine Verminderung der Beamten um 1560 zu verzeichnen, dagegen eine Vermehrung der Angestellten um 1.416 und der Arbeiter um 1.913 Köpfe.

Die Tagung des ZSB.

Wohin soll der Sitz des Bundes?

Die Frage, wo der ZSB. künftig seinen Sitz nehmen soll, beschäftigte die gemeinsame Sitzung des Ausschusses des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate. In der Sitzung, die bereits um 9 Uhr begann, führte Genosse Jouhaug den Vorsitz. Genosse Grafmann, als Berichterstatter der Kommission, teilte

mit, daß über die Frage des künftigen Sitzes des ZSB. noch keine Einigung herbeigeführt werden konnte. Ebenso ist über die Belegung des Postens des Generalsekretärs noch nicht entschieden worden. Der Sitz werde vorläufig weiter in Amsterdam bleiben. Spätestens in sechs Monaten nach dieser Ausschüttung soll eine neue Sitzung die notwendigen Entscheidungen treffen. Da die Wahl des Generalsekretärs noch nicht getroffen ist, mußte auch die Belegung der Posten der Untersekretäre ausgesetzt werden. Die Ursache, weshalb keine Beschlüsse gefaßt werden konnten, liegt darin, daß eine Reihe von Vertretern der Bundeszentralen erklärte, zu einer definitiven Stellungnahme noch kein Mandat zu haben.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres werde ebenfalls die Ueberstimmung des Bundes an den neuen Sitz erfolgen. Daraus ergibt sich die Frage, wie es dann mit dem Personal des Bureaus gehalten werden soll. Nach Austausch der Meinungen hierüber soll auch in diesem Punkte dem Vorstände die Entscheidung überlassen bleiben. Genosse Grafmann verleierte sich eingehend über die hohen Anforderungen, die an den künftigen Generalsekretär zu stellen sind. Genosse Essendorf will, wie Grafmann besonders bemerkte, als Kandidat für das von ihm zunächst weiter zu vergebende Amt des Generalsekretärs nicht in Frage gezogen werden.

Die Diskussion über den Bericht der Kommission, in der die Genossen Stenhuis, Jouhaug, von Bergelaar, Hueber und Citrine das Wort ergriffen, war sehr lebhaft. Die Verhandlungen wurden um ein Viertel nach 12 Uhr vertagt; es soll versucht werden, in der morgigen Sitzung die endgültige Entscheidung über den neuen Sitz des ZSB., wofür Brüssel vorgeschlagen ist, zu treffen.

Der Völkerbund wieder ausgeschaltet?

Italien fürchtet den Skandal — gibt die Kleine Entente klein bei?

Paris, 19. Januar. (Eigener Bericht.)

Bertinax kündigt im „Echo de Paris“ an, daß der Völkerbundrat eine Kontrolle gegen Ungarn wegen der Waffenschreibungen nicht beschließen werde. Einmal sei das Verfahren noch gar nicht in allen technischen Einzelheiten geregelt und dann seien auch die politischen Schwierigkeiten zu groß. Deutschland wolle seinen Präzedenzfall schaffen, England wolle seine ungarischen Interessen nicht gefährden und Italien endlich fürchte selbst in den Skandal verwickelt zu werden. Es sei aber immerhin noch zweifelhaft, ob sich die Kleine Entente mit einem negativen Ausgang ihrer Aktion zufrieden geben werde.

Ein Riedner-Gesetz in Frankreich.

Kaufschutzparagrafen gegen jede Selbständigkeitsbewegung.

Paris, 19. Januar.

Ministerpräsident Poincaré hat der Kammer einen Gesetzentwurf zur Unterdrückung der elch-löthringischen Heimatsbewegung vorgelegt:

Art. 1. Wer, durch welche Mittel es auch sei, versucht, die Integrität des nationalen Gebietes zu verletzen oder der Autorität Frankreichs einen Teil des Gebietes zu entziehen, auf dem diese Autorität besteht, wird mit Gefängnis von 1 bis 5 Jahren und mit einer Geldstrafe von 100 bis 5000 Franken bestraft. Der Schuldige kann außerdem der Rechte für verlustig erklärt werden, die im Artikel 2 des Strafgesetzbuches verzeichnet sind. (Bürgerliche Ehrenrechte.)

Art. 2. Wer auf Grund des vorstehenden Artikels verurteilt worden ist, kann auf Grund des Artikels 19 des Gesetzes vom 27. Mai 1885 zum Uensthaltsverbot verurteilt werden.

Art. 3. Die Bestimmungen des Artikels 463 des Strafgesetzbuches sind auf das vorliegende Gesetz anwendbar (mildernde Umstände).

Musik-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

Nur der Künstler, ist hier ausgeführt worden, vermag vor den Forderungen einer zum Kollektivismus erwachsenen Generation zu bestehen, der — stellvertretend — ausdrückt, was alle fühlen, alle meinen. Stellvertretend, doch auf seine persönliche Weise. Die Kunst hebt sich selbst auf, die das Recht der individuellen Persönlichkeit nicht negiert; denn der Künstler, der mehr ist als ein Handwerker (und Virtuose) seiner Kunst, ist es eben kraft seiner Persönlichkeit. Kraft seiner einmaligen Persönlichkeit, um es genauer zu sagen. Das gilt nicht allein vom schaffenden — es gilt im besonderen vom nachschaffenden Musiker.

Was ist es, das im Augenblick zu solcher Betrachtung anregt? Das Wirken Otto Klemperers und der Widerhall, den es weckt. Man spürt das Wirken eines neuen Kunstgeistes, des Geistes einer kommenden Kunstgemeinschaft, und man bringt das Neue Schlagwortmäßig mit Ideen des neuen Aufbaus in Verbindung, wo die Menschen, zugewandt, in der praktischen Barmittelwirkung des Begriffs-Gemeinschaftsgeistes weiter sind als bei uns. Schon ist Klemperer im bürgerlichen Berlin als Künstler des „Kollektivistischen“ etikettiert: einen Schritt weiter, eine Nuance deutlicher, und der „bolschewistische“ Bürgerkrieg ist fertig. Ist Klemperer ein Unterdrücker, Verächter des Persönlichen? Wir haben und hörten zweimal in einer Woche seinen „Don Giovanni“, den besseren hat er, Verächter des modischen „Premieren“-Kummels, erst am zweiten Abend gezeigt: den bei weitem besseren Vertreter der Titelpartie. Aber nicht, daß Carl Hammes seinem Vorgänger in jeder Hinsicht, als Sänger und Darsteller, zweifellos überlegen, nicht daß er besser war, sondern vor allem, daß er anders — nämlich: ganz er selbst sein durfte, die eigene Persönlichkeit bis in kleine Einzelheiten des Spiels frei entfalten konnte, bei unbedingtester Einordnung in das szenische und musikalische Gesamtbild der Aufführung —: das ist bedeutungsvoll als grundsätzliche Feststellung. Das „kollektivistische“ Bühnentumult, das keine sowjetistische Erfindung, sondern von je eine Forderung aller ernsthaften Theater- (so Opern-) Kritik ist, besteht ja gerade darin, daß die Einzelpersönlichkeit, ohne sich aufzugeben, darin aufsteht. Rein, Klemperer ist kein Unterdrücker der Persönlichkeit. Weber der fremden, noch der eigenen; weder in der Oper noch im Konzert.

Es war der elementare Durchbruch der großen Persönlichkeit, der seinem Brahm's-Abend das Gepräge des Besonderen gab. Aber wenn irgendwo, gilt hier für den nachschaffenden Musiker, für das, was gemeinhin seine „Auffassung“ genannt wird: nur der besteht, der — stellvertretend — ausdrückt, was als Gesamtheit seine Hörer meinen; nur der, mit anderen Worten, dessen Wiedergabe das Werk in solcher Gestalt vermittelt, daß der Empfindende, Überzeugte, sie als gültig nimmt. Wir haben die Gestaltung der ersten Brahms-Sinfonie durch Bruno Walter im Gedächtnis, sie ist hier als Tat

jeines nachschöpferischen Genies in ihrer Ereignishaftigkeit gekennzeichnet worden; wie Klemperer dieselbe Sinfonie neu erlebt und erleben läßt, Orchester und Publikum der Staatsoper tonatisierend: sein stärkerer Kontrast ist vorstellbar. Wir haben Bruckners Siebente unter Klemperer gehört; wie unbeschreiblich anders die Aufführung, mit der Furtwängler in der Philharmonie einen Sturm zustimmender Begeisterung entfesselt. Wer hat „recht“, Furtwängler oder Klemperer, Klemperer oder Walter? Un Sinnige Frage; das Gegenwärtige, das sich zwingend durchsetzt, die Stunde hat recht, die sich als großes Musikerlebnis behauptet.

Vergessen wir aber nicht, daß es nur ganz große Werke der sinfonischen Weltliteratur sind, die so außerordentliche Wirkung mächtig, zugleich so verschiedenartiger Deutung zugänglich sind, und an denen unsere größten Dirigenten sich zu so außerordentlicher Leistung steigern. Doch keinem ist es wie Bruno Walter gegeben, auch Werke kleinen Stils, Musik der bescheidenen Ansprüche durch die Ausführung in die Höhe des Außerordentlichen zu heben; das wird auf beglückende Art an seinem Mozart-Strauß-Abend offenbar. Abend der kleinen (nicht: geringen) Werke: die „Kleine Nachtmusik“; Suite aus dem „Bürger als Edelmann“. Dazwischen: die Vogeln; zwei Mozart-Arien, als wären sie für sie komponiert. Doch dann, leider, ein Gelegenheitsstück, ein Strauss für den einarmigen Pianisten Wittgenstein geschrieben, der spielt es selbst, obendrein ist es die Uraufführung: ein Gelegenheitsstück trotzdem. Aber noch nie vielleicht ist, was in Strauss Mozartsche steht, so rein erklingen wie Montag bei dieser Gelegenheit. Mozart näher freilich, als Strauss je gewesen, ist Gustav Mahler in seiner vierten — der „himmlischen“ — Sinfonie. Jofsa Horowitz ist betont, indem er die Fugara-Ouverture vorangeht — richtiger: in beschwingtem Tempo voranzulaufen läßt, die stilistische und geistliche Verwandtschaft. Zwischen Mozart und Mahler aber stellt er Franz Schrekers effektvolles, doch wahrhaft Mozart fernes „Vorpiel zu einem Drama“: all dies ergibt sich in einem (erfreulich verlaufenden) Konzert mit den Philharmonikern, das das Bezirksamt Charlotterburg im Konzertsaal der Hochschule veranstaltet, und es geschieht nicht zum erstenmal, daß das Berliner Konzertleben von der Wirksamkeit der städtischen Kunstorganisation unmittelbar profitiert.

Es wird viel und gut Klavier gespielt, solistisch musiziert, Kammermusik gemacht in Berliner Konzertsälen. So gut im Durchschnitt, daß, wer ihn erreicht, sich als Köhner von Rang fühlen darf. Doch sozial, das nur das Ueberrasgende in der Erkennung faßt. Aus der ersten Januarhälfte: Der Beethoven-Abend Conrad Ansozogs, Das Lense-Quartett. (Nicht nur, weil es, mit Cesar Francis D-Dur, ein interessantes Programm brachte.) Der junge Pianist Carlo Zecchi: spirituosere Technik, feinerer Musiker; eine Persönlichkeit. Ein Künstler ähnlicher Vorgänge: der Cellist Gregor Pjaligorsta. Und Wanda Landowska, die Cembalo-Meisterin, die bei Furtwängler ein von ihr ausgegrabenes Haupt-

Konzert spielt (mit Orchester). Dies als Karität; das Beste, was sie zu geben hat, solistische Kammermusik, wird sie Sonntag den Besuchern der Volksbühne geben. Doch vor allem: wie Georg Kulenkampff, an einem Abend des Sinfoniestrainers, Emil Bohntes, des Dirigenten, von Schwierigkeit strotzenden Violinsonzert meistert — ein meisterlich gearbeitetes Stück Musik übrigens, Musik ernster und schwerer Art —: das ist eine der ganz großen Leistungen des Berliner Konzertwinters.

Waleska Gert hatte einen Tanzabend mit neuem Programm auf der Piscator-Bühne versprochen. Wer das Programm las, war enttäuscht: Alles alte, wohlbekannte Nummern. Als aber die Lätze begannen, sah man, daß es doch nicht die alten waren. Und je weiter der Abend vorschritt, desto größer ward die Ueberraschung, desto stärker der Eindruck. Die Gert hat seit dem schwachen Abend im Bach-Saal ihr Programm fundamental durchgearbeitet. Sie zeigte sich in einer Gestalt, wie wir sie bisher nicht sahen. Von allen Schlägen gereinigt. Zu monumentaler Größe erwachsen. Die Form erscheint konzertierter, klarer gegliedert und straffer gegliedert. Die Produktion ist bis in die tiefsten Tiefen besetzt, jede Nuance erlebt, jedes Detail erschütternd gestaltet. Im „Tango“ die gebantellose Routine des kleinen Tingelangelmähdens, das die vom Publikum erwarteten Schweinereien mit gewerdmäßiger Gleichgültigkeit produziert. Die „Kuppelrin“ ergreifend in ihrer monumentalität, fast übernatürlichen Scheinlichkeit. Der „Erzengel“ im naiven bäuerlichen Herrgottschneiderstil von schlichter gläubiger Innigkeit, kolportistisch derber Effekte. In der „Canaille“ als Vaster rhythmisch parodierend, bodenlose Gemeinheit in einer Art besonderer Verzückung vorgeführt. „Mi-Portis“ eine Parodie auf die allmodisch gelehrtet Gracie, durch die unsere Großbürger sich begabieren ließen. Die „Amme“, Karikatur idiotischer Verimpelung einer „Kinder-Heben“. Gelegenliche Rietzen („Bogen“, „Bertch“, „Sport“) konnten das Niveau des Abends nicht wesentlich brücken. Er war ein Erlebnis stärkster Art. Längerlich belanglos. Rhythmische Pantomimen, die die kleinen Schwächen, die großen Laster, die tiefsten Abgründe menschlichen Elends und menschlicher Verkommenheit erbarmungslos gestalteten. Wandane Höllenfragen. Eine Welt, durch Solans Monatol gesehen. Und mit einem künstlerischen Ernst und einer festen Inbrunst produziert, die all die Greuel im tiefsten Innern erlebt hat, und uns erleben ließ. Eine Reihe von Doppel-leistungen. Ein unergreiflicher Abend.

In der städtischen Oper bekennt Maria Diawewa ihre Tätigkeit in dieser Epistel am 9. Januar in „Der Troubadour“ als Agucena.

Das Berliner Vexilo-Orchester konzertiert unter Leitung von Generalmusikdirektor Julius Koch und mit Violoncello Josef Wolsthal als Solisten, Sonntag, 8 Uhr, in der Hochschule für Musik.

Wichtige Ehrung eines deutschen Gelehrten. Dem Direktor des erstaußischen Observatoriums Lindenberg, Prof. Hugo Hertel, wurde am Mittwoch die von der Royal Astronomical Society verliehene Ehrenmedaille feierlich überreicht. Die Auszeichnung erfolgt ohne Rücksicht auf politische oder Nationalität der Person, die die hervorragende Leistung auf dem Gebiete der astronomischen Wissenschaft bringt.

Ein deutsches Realgymnasium wurde im Haag eingeweiht.

Rechtsblock für Großagrarien. Eine Wahl demonstration.

Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Nachdem der Rechtsblock sieht, daß er bei der Industriearbeiterschaft immer mehr an Anhang verliert, sieht er sich wieder einmal auf dem flachen Lande um. Anders ist eine Interpellation nicht zu erklären, die von den Regierungsparteien im Reichstag vorgelegt wurde und die folgenden Wortlaut hat:

„Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Der Reichsregierung ist dies, wie aus zahlreichen Äußerungen ihrer verantwortlichen Vertreter hervorgeht, bekannt. Sie hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihrer Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des Inlandsmarktes in erster Reihe von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsunicherheit zu bewahren.“

Der Antrag ist eine demonstrative Geste. Man weiß ja, daß im Reichskabinett nicht einmal darüber Klarheit besteht, ob die Handelsverträge mit oder ohne Herabsetzung von Lebensmittelpreisen gemacht werden sollen, man weiß auch, daß in den Fragen des Siedlungswezens und der Kreditgewährung wie in den meisten anderen produktionspolitischen Fragen der Landwirtschaft von einer Einigkeit der Regierungsparteien nicht die Rede sein kann.

Das ist der Grund, weshalb der Rechtsblock auf agrarpolitischen Gebiet außer ein paar Maßnahmen zugunsten der Großgrundbesitzer — man erinnere sich an die Mehlschulderhöhungen, an die wahllose Ausschüttung von Erntebürgschaftskrediten usw. — nichts zustande gebracht hat.

Anstatt, daß der Rechtsblock sich nun wenigstens mit der stillen Blamage zufriedengibt, läßt er sich seine Unfähigkeit von den Parteilosen bestätigen, die nun ein ganzes Jahr hindurch dem Kabinett ihr Vertrauen ausgesprochen!

Und damit nicht genug. Anstatt nun wenigstens positive Vorschläge zu machen, fragt man mit entrüstetem Pathos, wann die Regierung überhaupt etwas tun wird.

Ja wann? Wir gestatten uns, die Antwort vorwegzunehmen: Für den Großgrundbesitzer wird der Rechtsblock jederzeit alles tun; für die wertvollen Bauern aber — die können warten bis nach den Wahlen.

Nur daß sie vielleicht inzwischen schwarz geworden sind, wie die Inflationsgeschädigten, die mit solchen Versprechungen sich für die Rechtsparteien einjahren lassen und nun dem Wortbruch ihrer Führer von damals nachtrauern. Nachfolger werden gesucht.

Die Schulden der Städte.

Das Märchen von der Anleiheverschwendung.

In dem von uns bereits erwähnten Vortrag vor dem Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse brachte der Präsident des Deutschen Städtebundes Dr. Mülert neue Mitteilungen über die Anleihepolitik der deutschen Städte, die bekanntlich vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schaack scharf bekämpft wird. Über die Höhe der kurzfristigen Kredite teilte der Redner mit, daß die in der Presse genannten Zahlen von 1500 bis 2000 Millionen nicht dem wirklichen Anleihebestand entsprechen. Nach einer Statistik, die das Reichsfinanzministerium bei allen deutschen Städten über 50 000 Einwohner aufgenommen hat, beträgt die Anleiheschuld nur rund 500 Millionen Mark. Hierbei handelt es sich mit Ausnahme von zwei Fällen durchweg um Inlandsanleihen. Ueber diese amtliche Statistik hinaus hat der Deutsche Städtebund eine gleiche Umfrage an die Städte von 25 000 bis 50 000 Einwohner gerichtet mit dem Ergebnis, daß von diesen Städten 133 Millionen Mark im Wege der Inlandsanleihen aufgenommen wurden. Die Gesamtsumme der kurzfristigen Verschuldung der Kommunen liegt hiernach um 700 Millionen Mark, bleibt also gegenüber den in der Presse veröffentlichten phantastischen Zahlen um mehr als die Hälfte zurück. Eine gewisse kurzfristige Verschuldung habe es immer gegeben und wird es immer geben müssen, weil es im laufenden Arbeits- und Anschaffungsprozess der Städte unmöglich ist, für jede durch Anleihen zu bedeckende Ausgabe sofort langfristige Anleihen aufzunehmen.

Dr. Mülert legte sich dann besonders dafür ein, daß bei dem zu erwartenden Anleihebedarf der deutschen Kommunen die Bezugsstellen für Auslandsanleihen alsbald mit ihrer Tätigkeit beginnen möge, und daß sie dabei nach anderen Gesichtspunkten arbeiten als bisher. Nach den bisher vorliegenden Annahmen für Auslandsanleihen kann schon jetzt festgestellt werden, daß fast ausnahmslos Geld nur für produktive Zwecke im engeren Sinne, d. h. für Anlagen für Elektrizität, Gas- und Wasserwerke und den Verkehr gefordert wird. Nicht darin eingeschlossen sind die Bedürfnisse für den Wohnungsbau. Präsident Dr. Mülert ließ keinen Zweifel darüber, daß nach seiner und des Deutschen Städtebundes Meinung Anleihen für den Wohnungsbau durchaus produktiven Zwecken dienen. Bisherige würde die Bezugsstellen für Auslandsanleihen bei der Hinzuziehung eines Vertreters der deutschen Kommunen günstiger im Sinne der Gemeinden entscheiden können. In Übereinstimmung mit diesen Mitteilungen hat der Deutsche Städtebund den Kommunen die Durchführung besonderer kommunaler Sparmaßnahmen empfohlen, und in fast allen deutschen Städten sind allgemeine Sperrverfügungen erlassen worden, die bestimmen, daß die in den Haushaltsplänen eröffneten Kredite nur mit besonderer Genehmigung der Magistrat oder der Oberbürgermeister vorausgesetzt werden dürfen. Das Beispiel einer süddeutschen Großstadt, die beschlossene und bereits in der Ausführung befindliche Arbeiten in Höhe von 60 Millionen gespart hat, zeigt, wie weit die von Deutschen Städtebund angeregten Sparmaßnahmen befolgt werden.

Die „Rote Fahne“ nimmt jurist. Vor dem Landgericht I Berlin gelangte am Montag eine Anklage gegen die „Rote Fahne“ zur Verhandlung. In einem Vergleich nahm die angeklagte Redaktion der „Roten Fahne“ mit dem Ausbruch des Bedauerns die gegen die Hindenburg-Spende gerichteten Vorwürfe wegen Schwindel, Hochverrat usw. zurück. Es habe ihr ferngelegen, den Hindenburg-Spende und den an ihr beteiligten Persönlichkeiten den Vorwurf der unregelmäßigen Geschäftsführung und der parteilichen Verwendung der Gelder zu machen.

Albert Thomas ist zur Teilnahme an einem beachtlichen Ausschuss für Arbeiterfragen in Kattowitz eingetroffen und wohnt bei Präsident Calonder auf dem Schloß Neudorf.

Der Mord an Dora Perske.

Vernehmung des Mörders im Eisenbahnwagen.

Der 23jährige Präparator Horst Kiebach, gegen den nunmehr gemäß dem Antrag von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Drimann die Voruntersuchung wegen Raubmordes an der 23jährigen Schächtermeisterin Dora Perske eröffnet worden ist, ist heute zum erstenmal dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Bienenbach, vorgeführt worden. Diese erste verantwortliche Vernehmung des Angeklagten fand jedoch nicht in dem Dienstzimmer des Untersuchungsrichters im neuen Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße statt, sondern an dem Latz, in dem Stadtbahnwagen zweiter Klasse, in dem die Bluttat verübt worden ist.

Der Eisenbahnwagen ist noch von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und befindet sich gegenwärtig auf dem Abstellbahnhof Grünwald. Dorthin wurde Kiebach heute mittags aus dem Stadtpostgefängnis transportiert. Im Eisenbahnwagen selbst wird gleich ein gerichtliches Protokoll über die verantwortliche Vernehmung des Angeklagten aufgenommen werden. Nach den bisher abgelegten freiwilligen Geständnissen Kiebachs stellt sich die Tat als ein mit voller Ueberlegung ausgeführtes Kapitalverbrechen dar, und die Vorgänge sind noch gravenhafter, als bisher bekanntgeworden ist. Wie man weiß, hatte sich Kiebach schon seit Tagen vorher mit dem Gedanken eines Raubüberfalles unter Anwendung der dreifachen scharfen Eisenklinge getragen, um sich Geldmittel zu einem Weihnachtsgeschenk für seine Braut zu verschaffen. Er war an mehreren Abenden in Begleitung eines Freundes auf der Suche nach einem geeigneten Opfer im Tiergarten herumgestreift, ohne aber zu einer Ausführung zu kommen. Am Morgen des verhängnisvollen Tages steckte er sich in der sterblichen Wohnung die Eisenklinge wieder ein. Seine Mutter, die wohl ahnte, daß er damit ein Verbrechen begehen wollte, nahm sie ihm jedoch weg. Kiebach gelang es dann aber, die Klinge wieder unbemerkt an sich zu nehmen. Auf dem Schlesischen Bahnhof stieg er in das Eisenbahnabteil zweiter Klasse ein und setzte sich seinem Opfer gegenüber. Zunächst hatte er immer noch Gewissensbisse, eine so schwere Tat auszuführen. Auf der nächsten Station stieg noch ein Fahrgast ein, so daß der Plan vereitelt schien. In Karlsruhe jedoch verließ der neue Fahrgast den Zug, und Kiebach war mit seinem Opfer nun allein. Noch immer jögerte er. Dann nahm das ihm gegenüberliegende junge Mädchen ihren Handpfeifen aus der Tasche heraus. Hierbei bemerkte Kiebach, daß aus dem Geldtäschchen, das ebenfalls in der Handtasche war, ein Geldschein herausfiel. Der Inhalt des Geldes bestaunte alle bisherigen Hemmungen. Kiebach verfiel seinem Opfer einen wuchtigen Schlag mit seiner Eisenklinge über den Kopf, so daß das Blut herausströmte. Aufstehend stürzte das junge Mädchen in ein Nebenabteil, weil sie hoffte, dort Hilfe zu finden. Der Räuber stürzte ihr aber nach. Mit erhobenen Händen flüchtete Dora Perske um Erbarmen. Ungerührt davon schlug Kiebach mit der Eisenklinge, die er inzwischen aus der Umhüllung herausgerissen hatte, auf den Kopf des unglücklichen Mädchens so lange ein, bis er glaubte, daß kein Leben mehr in seinem Opfer sei.

Auf der nächsten Haltestelle verließ er mit dem Geldtäschchen den Zug und fuhr mit einem zur Abfahrt bereitstehenden Zug auf dem anderen Bahnsteig nach Karlsruhe. Von dort ging er zu Fuß über die Halde bis zu einer Straßenbahn, mit der er in die Stadt hineinfuhr. Die blutbesiedelten Handschuhe und die Eisenklinge gab er später seinem Freunde in Verwahrung.

und das wurde ihm bekanntlich zum Verhängnis. Aus den von Kiebach vor der Tat angefertigten Erwägungen folgert die Staatsanwaltschaft, daß der Mord mit voller Ueberlegung ausgeführt worden ist.

Die Kaufbolde vom Friedrichshain.

Ein merkwürdig milder Staatsanwalt.

Im Großen Schöffengericht kam in diesen Tagen der Prozeß gegen den Maurer Franz Grogies und den Freiseurgehilfen Gustav Dwidziszus zur Verhandlung, die vor einiger Zeit gemeinsam mit ein paar anderen jungen Burischen harmlos Passanten im Friedrichshain belästigt und verwundet hatten.

Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der gegen die beiden wegen gefährlicher Körperverletzung Angeklagten nur Geldstrafen beantragte, erklärte Landgerichtsdirektor Steinhaus im Urteil, es wäre ein Hohn, wenn derartige Burischen mit Geldstrafen davonkommen würden. Gegen solche halberwachsenen Rüpkel, die wie eine wilde Horde in ihrer Angetrunkenheit friedliche Spaziergänger ohne jede Veranlassung überfallen und schwer mißhandelt haben, so daß dem Staatsbürger der Genuß der städtischen Anlagen verleidet werde, müsse die ganze Schwere des Gesetzes zur Geltung kommen. Des Schöffengerichtes verurteilte daher auch die beiden wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu je vier Monaten Gefängnis und lehnte eine Bewährungsfrist ab. Die beiden Angeklagten gehörten zu einer Gruppe von fünf bis sechs Burischen im Alter von 20 bis 22 Jahren, die sämtlich erst vor kurzem aus Zilit nach Berlin gekommen waren. An einem Oktoberabend war die Bande in ungeheurer Stimmung singend und grählend aus einer Kneipe am Friedrichshain herausgekommen und hatte friedliche Spaziergänger im Friedrichshain ohne weiteres überfallen und schwer mißhandelt. Am Rande des Parks standen mehrere Schüler und Lehrlinge, die sich verängstigt und überzogen. Grundlos stürzte sich die Bande auf sie. Der erste Angeklagte hieb auf die Jungen ein. Als sich ein vorübergehendes Gepöhl darüber erhob, verließ Grogies dem Rande, einem 44jährigen Fahrradhändler, einen wuchtigen Schlag über den Kopf, so daß er eine blutende Wunde an der Schläfe davontrug. Auf der Rettungswache wurde bald darauf ein blutüberströmter Mann eingeliefert. Nach jenem Vorfall hatte sich die Bande auf einige andere Leute gestürzt und diese verprügelt. Am liebsten war es einem Schächtermeister gegangen, der im Friedrichshain spazieren ging. Unversehrt erhielt er von hinten einen Schlag über den Kopf. Als er sich umdrehte, stand er fünf bis sechs Burischen gegenüber. Als er blutüberströmte auf Boden sank, trat ihm einer der Burischen mit dem Knüttel ins Gesicht. Dem Schächtermeister ist bei dem Vorfall auch eine Brieftasche mit 400 Mark abhandeln gekommen. Das Geld wurde aber bei keinem der festgestellten Burischen gefunden, so daß die Anklage wegen Raubes gegen sie nicht zur Durchführung kommen konnte, da mütterlicherseits einer der „freundlichen Samariter“ die günstige Gelegenheit benützt haben kann. Nur den beiden obgenannten Angeklagten konnte nachgewiesen werden, daß sie sich aktiv an den Überfällen beteiligt hatten. Sie behaupteten, daß sie sinnlos herunter gemessen seien und sich an nichts mehr erinnern könnten. Im Gegenlicht dazu standen die Auslosungen der Zeugen, monach sie nur angeirrt gewesen waren. Das Schöffengericht erteilte dann auch auf die oben erwähnte Strafe.

Falschmünzer auf Reisen.

Bis zu 3000 Mark Belohnung ausgelegt.

Ein reisender Falschmünzer, der zuerst Anfang Januar 1926 auftrat, ist jetzt wieder an der Arbeit. Der Falscher vertrieb seine 20-Mark-Reichsbanknoten früher in vielen Städten Preußens, Bayerns, Sachsens und Badens, sowohl die Fälschungen an der monogestaltigen, unfaulbaren und harten Wiederprobe des Frauensapfildmüllers auf der Vorderseite der Note leicht zu erkennen waren. Außerdem war zunächst das auf dem rechten Brustbildchen Rand der Note befindliche farbige geprägte Linienmuster, die sogenannte Blindprägung, falsch ausgeführt. Seit Mitte Dezember u. a. brachte der reisende Falscher etwas verbesserte Fälschungen in den Verkehr. Diese zeigen die richtige Lage der Blindprägung, aber immer noch das schlechte Kopfbild. Diese Fälschungen tauchten in der Weihnachtswoche auch in Berlin und Anfang Januar in Frankfurt a. M., Ober, Guben, Plessen, Breslau, Gdresch und Baugem auf. Der Vertreter kauft hier bei Geschäftslenten eine Kleinigkeit und zahlt mit den falschen Noten. Die polizeilichen Maßnahmen, insbesondere die Warnungen der Geschäftslenten, haben ihn jetzt augenscheinlich veranlaßt, seine Reisen einzustellen und in seine Heimat zurückzukehren. Dies ist nach den Ermittlungen der Falschgeldabteilung entweder Altona oder Berlin. Der Falscher ist höchstwahrscheinlich ein Buchdrucker. Auf seine Errettung hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 Mark ausgelegt. Das Publikum wird gebeten, die Polizei auf verdächtige Personen, die sich in der Zeit von Mitte Dezember u. a. bis etwa zum 10. Januar d. J. außerhalb ihres Wohnortes auf Reisen befunden haben, aufmerksam zu machen. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind an die nächste Ortspolizeibehörde und für Groß-Berlin an Kriminalkommissar von Niedermann, Alte Vespargasse 16, Anruf 3789, zu richten. Die bisher in den Verkehr gekommenen Fälschungen tragen die Nummern E 4891237 oder E 4178532. Es ist aber wohl möglich, daß der Falscher die Nummern auch ändert.

Die Sänsereinsturzgefahr.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet an den Magistrat die folgende Anfrage:

Am Bezirk Charlottenburg sind in einigen Häusern in der Heilige- und Hebbelstraße durch Entwürfen der Fundamente die daran betroffenen Mieter bereits seit längerer Zeit gefährdet. Wir erlauben deshalb den Magistrat um Auskunft darüber: Was bisher getan wurde und was weiterhin getan werden soll, um den lebensgefährlichen Zuständen zu begegnen und eine Katastrophe zu verhüten?

Kommunisten gegen Konsum-Genossenschaft.

Sonntag, den 22. Januar, finden in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags die Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung statt. Aufgestellt sind zwei Kandidatenlisten, und zwar eine unter dem Namen „Genossenschaftsaufbau“ und eine andere unter der Bezeichnung „Opposition“. Unter dem Namen „Genossenschaftsaufbau“ haben sich diejenigen Genossenschaftsmitglieder zusammenschlossen, denen an der fröhlichen Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaft Berlin gelegen ist. Unter der Firma „Opposition“ haben sich die Kommunisten versammelt. Bei der letzten Wahl haben sie unter ihrer Firma „Kommunisten“ so klägliche Schiffsbrüche ertönt, daß sie es für geraten halten, diesmal als „Opposition“ aufzutreten, weil sie glauben, auf diese Weise außer ihren Parteianhängern noch andere Genossenschaftsmitglieder auf ihre Liste einzulassen. Zu diesem Zweck betreiben sie eine wüste verlogene Agitation. Sie haben keinerlei sachliches

Interesse an der Genossenschaft; sie wollen sie nur für ihre Parteizwecke ausnützen.

Die wirklichen Genossenschaftler wählen am kommenden Sonntag die Liste „Genossenschaftsaufbau“.

Die spurlos verschwundenen Kinder.

Zu dem Verschwinden des kleinen Fredy Kurze wird mitgeteilt, daß der Knabe auch bis jetzt noch nicht gefunden ist. Schon der Landposten von Järsfeld hatte gleich nach dem Bekanntwerden des Verschwindens, von etwa 20 Einwohnern unterstützt, mit seinem Hunde die Nachforschungen aufgenommen, aber keine Spur gefunden. Die ganze Suche mit zwei und später fünf Hunderten der Kriminalpolizei erstreckte sich auf etwa 15 Kilometer in der Runde, blieb aber ebenfalls ohne Erfolg. Es ist wohl anzunehmen, daß der Kleine ins Wasser geraten und ertrunken ist. Das Haus Kurzes liegt nur etwa 25 Meter von der Havel entfernt. Auch wenn der Kleine nach der Schule seiner Schwester entgegengeging, mußte er auf dem geraden Wege an die Havel kommen, und zwar an eine Stelle, an der Steie für Dampfer und Motorboote liegen. Hätte er, wofür er ja eine Vorliebe hatte, versuchen wollen, auf die Straßenbahn zu kommen, so hätte er, weil er kein Geld hatte, unbedingt aufpassen müssen. Der Reichswasserführer, der gestern abend wegen der Dunkelheit keine Arbeit abbrechen mußte, hat sie heute morgen wieder aufgenommen.

Der in der Angelegenheit der verschwundenen Elfi Kleinfeldt verbottene Chauffeur Karl Rose bestritt nach wie vor, mit der Sache etwas zu tun zu haben. Es scheint wohl auch, daß er dafür nicht in Betracht kommt, weil er sich in der frischen Zeit in Reinickendorf verborgen gehalten hat. Was ihm sonst an Vergeben gegen kleine Mädchen zur Last gelegt wird, gibt er zu. Rose wurde dem Amtsgericht Althiersee vorgeführt.

Lebensüberdrüssige Mädchen.

In der Wohnung ihrer Herrschaft im Hause Wenzelstraße 3 zu Friedenau wurde gestern die 21jährige Hausangestellte Hedwig Eichoff durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Das Mädel zur Tat ist noch unbekannt. Die Leiche wurde beschlagnahmt. — Die 24jährige Verkäuferin Margarete Laurent aus der Kantstraße 104 verfuhr sich Dienstag abend in einem Hotel in der Mittelstraße mit Strichguth an vergiften. Ihr Vorhaben wurde aber bemerkt. Man brachte sie nach der Klinik in der Jägerstraße, in der sie heute vormittag an der Strichguthvergiftung erlag. Der Grund zur Tat ist noch unbekannt.

So fördert die Reichsbahn den Milchverbrauch! In der Berliner Stadionsordnungsversammlung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Nach unüberwindlichen Zeitungsmaßnahmen plant die Reichsbahn im Rahmen einer allgemeinen Erhöhung der Tarife eine erhebliche Erhöhung des Frachttarifs für Milch. Diese Erhöhung würde besonders für Berlin eine nicht zu peranzuerkennende Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels bedeuten und die vorhandene Katastrophe, besonders auf dem Gebiete der Säuglinge- und Kinderernährung, außerordentlich steigern. Die Stadionsordnungsversammlung erhebt deshalb entsetzten Protest gegen die in Aussicht genommene Erhöhung der Frachttarife für Milch und ersucht den Magistrat, alle erfolgversprechenden Mittel dagegen anzuwenden.“

„Jugendkongress in Helma- und Sandstrassen“ bezeichnet sich eine Veranstaltung des Ortsausschusses für Jugendpflege des Bezirks Schöneberg, die am Freitag, 29. Jan., im Gürtenaal bei Frau Schneider, Rathausstr. 10, abgehalten werden. Einleitend im Landhausmeibau, Neue Schönhauser Straße 8 und im Raum Schneider, Rathaus, Zimmer 42. Ein Verkauf an der Abendkasse findet voraussichtlich nicht statt.

Notstandsarbeiter müssen Tariflohn erhalten.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Müssen die Unternehmer auch den Notstandsarbeitern die Tariflöhne zahlen? Mit dieser für die gesamte Arbeiterschaft wichtigen Frage beschäftigt sich am 18. Januar das Reichsarbeitsgericht. Der Bescheid lautet folgendermaßen:

Im Frühjahr 1927 führte die Firma Gebrüder Rittelberger, Bauunternehmung in Kaiserslautern, im Auftrag der Gemeinden Kusel und Holsbach den Straßenbau Kusel-Holsbach aus. Die Arbeit war mit Anerkennung des Landesamts für Arbeitsvermittlung als öffentliche Notstandsarbeit anerkannt und bestimmt worden, daß bei den an Unternehmer vergebenen Arbeiten der Tariflohn zu zahlen ist. Für diese Arbeit waren der Firma durch das Landesamt Kusel Notstandsarbeiter zugewiesen worden. Entsprechend einer Weisung des Arbeitsamts Kusel zahlte die Firma den Notstandsarbeitern bis zum 30. April 1927, an welchem Tage eine Neueinstellung der Löhne der Notstandsarbeiter durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung erfolgte, einen um 20 Pf. hinter dem Tariflohn zurückbleibenden Stundenlohn aus.

Die Arbeiter klagten wegen Zahlung des rückständigen Lohnes beim Arbeitsgericht in Kaiserslautern. Die Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, daß die Vergütung der Notstandsarbeiter den Charakter der öffentlichen Fürsorge habe und daher das Arbeitsgericht nicht zuständig sei. Gegen das Urteil legten die Kläger Berufung ein.

Das Landesarbeitsgericht in Kaiserslautern hob das Urteil der Vorinstanz auf und verurteilte die Beklagte, den Klägern die rückständigen Löhne zu zahlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß kein Streit bestünde, daß die

in der Klage begehrten Beträge den maßgebenden Tarifverträgen entsprechen und daß bei der Anerkennung als Notstandsarbeiter die Zahlung des Tariflohnes durch das Landesamt für Arbeitsvermittlung zur Bedingung gemacht worden war. Da eine die tarifmäßige Entlohnung abändernde Verfügung der gemäß § 9 der Bestimmungen vom 30. April 1925 zuständigen obersten Landesbehörde nicht vorliegt, haben die Kläger Anspruch auf die tarifliche Entlohnung. Wenn das Arbeitsgericht Kusel die gerichtliche Zuständigkeit verneint, weil es das dem Notstandsarbeiter zustehende Arbeitsentgelt als eine Unterfügung der Erwerbslosenfürsorge erachtet, die lediglich auf dem Beschwerdewege gemäß § 27 der Bekanntmachung vom 16. Februar 1924 geltend zu machen ist, so sei das nicht richtig. Auch der Notstandsarbeiter habe Anspruch auf die tarifliche Entlohnung.

Die Beklagte legte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsarbeitsgericht ein, um in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen. Das Reichsarbeitsgericht verwarf die Revision der Firma und legte der Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreites auf.

Der Notstandsarbeiter habe einen rechtlichen Anspruch auf den vertragsgemäß festgelegten Tariflohn. Das Reichsarbeitsgericht schloß sich der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts in Kaiserslautern an und räumte den Notstandsarbeitern dieselben Rechte ein wie allen anderen Arbeitern.

Diese Entscheidung ist für die Gewerkschaften von grundsätzlicher Bedeutung, da sich wiederholt Unternehmer weigern, den Notstandsarbeitern die Tariflöhne zu zahlen.

Die Akkordlöhne in der Textilindustrie.

Besprechung im Reichsarbeitsministerium.

Zur Neuregelung der Akkordlohnfrage in der Textilindustrie finden am 16. Februar im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen den Arbeitern, Unternehmern und den Regierungsstellen statt. Diese Besprechungen sind eine Folge des Protestes des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das Vorgehen vieler Textilindustrieller bei den Akkordlohnregelungen, durch die in der Textilindustrie das ganze Schlichtungsverfahren bereits stark in Mitleidenschaft gebracht worden ist.

Dauerausstellung für Sozialpolitik.

Das Reichsarbeitsministerium, das jetzt auf ein etwa zehnjähriges Bestehen zurückblickt, verfaßt durch eine Ausstellung „Die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums“, vollständige Kenntnis seines Tätigkeitsfeldes zu vermitteln. Die Ausstellung, die dauernd bestehen bleiben soll, wird regelmäßig ergänzt und durch die Zahlen der neuesten Statistiken berichtet werden. Dadurch dürfte sie ihren Hauptwert erhalten. Vorläufig ist sie allerdings noch nicht für das Publikum geöffnet, sondern nur Behörden, Gewerkschaften und sonstigen interessierten Körperschaften zugänglich.

In fünf Sälen werden an zum Teil sehr instruktiven Darstellungen die Arbeitsgebiete des Ministeriums den Besuchern sichtbar gemacht. Ein lausendes, leuchtendes Schriftband über einem Modell des Ministeriums verläuft: „Das Reichsarbeitsministerium bearbeitet die Reichsaufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes und des Arbeitsgesetzes, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge, des Wohnungs- und Siedlungswesens, sowie des Pensions- und Versorgungswesens für Kriegsschädigte, Kriegshinterbliebene und verwandte Personalkreise.“ Amstehend wird der Behördenorganismus im Arbeitsgebiet des Ministeriums mit seinem Aufgabengebiet entwickelt. Wohlfahrts- und Heilanstalten der verschiedenen Versicherungs- und Fürsorgegebiete sind im Modell, in Bildern und statistischen Darstellungen vertreten, besonders umfassend alles, was sich mit der Kriegsschädigtenfürsorge befaßt. Aber allerdings hier allzu naiv die historische Entwicklung auf dem Gebiet der Frauen- und Kinderarbeit oder des Versorgungswesens für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene verfehlt, der wird das Deutschland der Gegenwart mindestens nach dieser Richtung hin für einen Ruisterstaat halten müssen. Die leidenden Kreise wissen am besten, wieviel hierzu noch fehlt. Dankenswert ist jedoch die im allgemeinen sehr übersichtliche Klarheit der Ausstellung, auf der man bei einiger kritischer Einstellung ohne Schwierigkeit einen richtigen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der einzelnen Arbeitsgebiete des Ministeriums gewinnen kann.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

In der „Roten Fahne“ vom 23. März 1927 wurde gelegentlich der Branchenleitungsneuwahlen im Deutschen Metallarbeiterverband der übliche Kludel voll Unfug über die „Reformisten“ ausgeschüttet. Anlaß zu dieser Hepe der KPD, bildeten angebliche Vorgänge bei der Entlohnung der Frau Stengel bei der Firma Osram, Siedingenstr. 71. Gegen den Verfall der Schimpfplakate wurde Klage erhoben. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt und muß das Urteil im „Vorwärts“ und in der „Roten Fahne“ veröffentlichen.

Nun wird in der „Roten Fahne“ vom 12. Januar 1928 dieselbe Hepe weiter getrieben. Oberste Aufgabe dieses „Anti-Arbeiterblattes“ ist offenbar die Verbeugung der Arbeiterschaft untereinander. Zu dieser Rolle sei folgendes bemerkt:

Der Angegriffene, Genosse Fritz Sommerfeld, schreibt uns

hierzu: Ein Pressefeldzug liegt mir ebenso fern wie eine dauernde Beanspruchung der Gerichte. Meine Tätigkeit als Funktionär des Betriebes sowie des DRR ist von den zuständigen Körperschaften eingehend geprüft worden und ist mir von allen DRR-Betriebsfunktionären und der Belegschaft, mit Ausnahme einiger KPD-Mitglieder, das volle Vertrauen ausgesprochen worden. Die Meinung der Schlichtungsinstanz berührt mich nicht.

Zum Prozeß selbst: In der Verhandlung behauptete der KPD-Rechtsanwalt Barboch, daß Worte wie „Creatur, Lump, Unternehmersöldling und Denunziant“ die üblichen Unterhaltungsformen unter Arbeitern seien. Soweit es sich um Parteidiskussionen innerhalb der KPD handelt oder wenn diese ideologische Aufklärungsarbeit über Reformisten betrifft, mag diese Behauptung zutreffen. Jeder ehrliche und onständige Arbeiter wird sich jedoch diese verabschiedende Unterstellung des Herrn Barboch energisch verbitten. Herr Frenzel, der Sekretär der KPD, erklärte, daß er mit den Worten „Unternehmersöldling und Denunziant“ nicht behaupten wolle, daß ich Zuwendungen von der Firma erhalten oder der Firma Informationen erteilt habe für die Entlohnung der Frau Stengel. Lediglich meine subjektive Meinung als Zeuge habe ich im Anlaß gegeben, mit scharfen Worten sich dazu zu äußern.

Diese Äußerung wird von mir nicht bestritten und hat ihren Grund in folgenden Umständen: Als sozialistische Kommunistin hat Frau Stengel viele Mitglieder der Organisation der SPD, sowie der KPD, in der ordentlichsten Weise beschimpft, auch gelegentlich tätlich angegriffen und fast jede organisatorische Arbeit im Betriebe löhmgelagt. Frau Stengel hat auf illegalem Wege sich Zuwendungen in verschiedener Form von der Firma verschafft.

Als Schluffstein hat sie bei ihrem Abgang freigewerkschaftliche Funktionäre als „Heber“ bei der Firma denunziert und Schriftstücke der Betriebsvertretung der Firma als Beweis zur Einsicht ausgehändigt. Frau Stengel als KPD-Abgeordnete erhielt nach dieser Besprechung mit der Firma eine Abfindungssumme von über 1000 Mark.

Nur weil Frau Stengel angeblich geistig nicht „Intakt“ war, wie auch ihre Parteigenossen Günther und Enderle erklärt haben, wurde sie nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Falls nunmehr die KPD, nach Lust hat, ihr Material gegen mich an den Mann zu bringen, sehe ich einer Klage ihrerseits in aller Ruhe entgegen, da es mir an Beweismaterial nicht fehlt.

Aus meinen Darlegungen kann sich jeder denkende Arbeiter ein Urteil darüber bilden, wo die Schädlinge der Arbeiterbewegung zu finden sind.

Wie Arbeiter abgefunden werden.

Mit einer Postkarte nach 67 Jahren Arbeit.

Am 31. Dezember 1927 hat die im Norden Berlins in der Sophienstraße gelegene Firma Gaebert ihre Pforten nach 67-jährigen Bestehen geschlossen. Nach der Auffassung der Belegschaft und ihrer Vertretung bestand keine zwingende Notwendigkeit zur Schließung des Betriebes. Der Auftragsbestand war gut, aber die Firmeneinhaber fühlten nicht mehr die volkswirtschaftliche Pflicht in sich, ihren Betrieb zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit modern umzugestalten, trotzdem von Kennern der Verhältnisse behauptet wird, daß ihnen die finanziellen Mittel durchaus zur Verfügung standen.

In diesem Betrieb war bis zum Schluß der Mechaniker Karl Gaebert beschäftigt, der jetzt im 79. Lebensjahre steht. Seit seinem 12. Lebensjahr hat er dem Betrieb seine Arbeitskraft und seine Fähigkeit zur Verfügung gestellt, so daß er rund 67 Jahre seine Lebenskraft dem Betrieb geopfert hat. Die Anerkennung, daß er so lange Jahre zur Vermehrung des Reichtums der Inhaber der Firma Gaebert bei-

getragen hat, besteht darin, daß ihm die Firma am 3. Januar 1928 auf einer einfachen Postkarte folgende Mitteilung machte:

„Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß mein Geschäft mit dem 31. Dezember 1927 aufgelöst ist. Ihre Papiere stehen Ihnen zur Verfügung.“

Hochachtungsvoll!
ges.: „Unterjoch!“

Ein Dokument „sozialen Verständnisses“ deutscher Unternehmer, auf das diese sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit so viel zugute tun. Für treue Dienste, für 67 Jahre Lohnarbeit — eine Postkarte und einen Fußtritt.

Tariffbewegung der sächsischen Gutshandwerker.

Halle, 18. Januar.

Der Gutshandwerkertarifvertrag für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt, dem auch die Gärtner unterliegen, wurde vom Deutschen Landarbeitersverband der Gaus Erfurt, Halle und Magdeburg zum 1. März gekündigt.

Eine Deutschland-Delegation?

Russische Arbeiter möchten Deutschland besuchen.

Sankt Petersburg, 19. Januar.

Die Arbeiter der Putilow-Werke wollen eine Delegation nach Deutschland schicken und stehen in Unterhandlungen mit dem Berliner Einheitskomitee, das die Einreiseerlaubnis vermitteln will.

Es wäre nur zu wünschen, daß es den russischen Arbeitern endlich auch einmal gelingen würde, die Ausreisewilligung nach Deutschland zu bekommen, um hier die Verhältnisse zu studieren. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Bolschewiki eine derartige Delegation zulassen werden, zumal es in Deutschland auf die Dauer nicht möglich sein würde, die russischen Arbeiter von den deutschen Arbeitern durch Rote-Front-Kämpfer usw. zu trennen.

Der Textilkonflikt in England.

Verhandlungen zur Beilegung.

Die mit großer Spannung erwartete und am Dienstag begonnene Konferenz zwischen den Vertretern der Baumwollunternehmer Englands und den Vertretern der maßgebenden Textilarbeitergewerkschaften wurde nach Einlegung einer aus Vertretern beider Parteien bestehenden Subkommission auf den 3. Februar vertagt. Die Kommission hat die Aufgabe, die kritische Lage der britischen Textilindustrie zu untersuchen.

Im Anschluß an die Beratungen erklärte der Sekretär der Textilarbeiter Bell gegenüber Pressevertretern, daß die Gewerkschaften unter keinen Umständen zu einer Diskussion über eine Verlängerung der Arbeitszeit oder einen Lohnabbau bereit seien und in diesem Sinne auch die Unternehmern unterrichtet hätten. Sie wollten dagegen mit den Unternehmern zusammenarbeiten, um die Lage der Textilindustrie zu verbessern. Aus diesen Gründen hätten die Gewerkschaften die Unternehmern aufgefordert, ihre Forderungen nach Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zurückzulassen und gemeinsam an die Regierung mit der Aufforderung nach Einlegung einer Kommission zum Studium der Produktionskosten in der britischen Textilindustrie heranzutreten.

Kohlenarbeiterstreik in Gibraltar.

London, 18. Januar.

Alle Kohlenarbeiter in Gibraltar traten infolge der Mitteilung der Kohlenhändler, daß die Lohnsätze der Trimmer herabgesetzt werden müßten, in den Streik. Die im Hafen liegenden Schiffe können nicht bunkern, so daß ihre Abreise sich verzögert.

Aus der Partei.

Das neue Heft der „Arbeiterwohlfahrt“ bringt einen Vortragsaus der Feder des Genossen Krebs, Unterhaupt über „Strafvolkzug“. Kreiskommissar Dr. Wohlfahrt-Burg schreibt über „Gesundheitsfürsorge im Landkreise“, der für die Arbeiterwohlfahrt auf dem Lande wertvolle Anregungen und Vor schläge für die Praxis bringt. Der Abschnitt „Landesgesetze und Verordnungen“ bringt diesmal die Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über die Befämpfung der Geschlechtskrankheiten in Bayern von Genossin Kimmion. Genosse Kraus-Göppingen legt seinen Bericht über die „Wohlfahrtspflege in Württemberg“ vor. In der Umhau berichtet Genossin Colm-Kiel über „Die Berufsarbeit der Frau“ an Hand der Ergebnisse der neuen Berufszählung. Ferner legt sich die Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“ in diesem Heft mit dem Vorschlag des Deutschen Städtetages für gemeinsame Veranstaltungen aller Wohlfahrtsorganisationen sämtlicher Wohlfahrtsvereinigungen auseinander. Genossin Kurgah-Dortmund schildert in dem der Organisation vorbehaltenen Teile eine Sprechstunde. Mitteilungen, eine Zeitschriftenschau und der Abdruck einiger preussischer Wohlfahrtsberichte folgen.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geyer; Schriftföhrer: G. Klingelböfer; Gemeindefürsorge: J. Steiner; Redaktionsrat: R. Köhler; Sekretär: G. Köhler; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchverlag und Betriebsverlag Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bettfedern Adolt Pohl
Oresdener Straße 15
Fahrradgebäude

KÜCHEN
Küche Lottchen . . . 55 M. 90 M.
Küche Christine m. Anr. 85 M. 135 M.
LEBENS-AUSWAHL
roher, lackierter, lackierter, Küchenschrank, Kleider-, Küchenschrank
in ca. 135 Mustern.

HIMMEL
Hauptgeschäft
Lothringer Str. 22, Schönhauser Tor
Filiale
Gr. Frankfurter Str. 40 am Straußberger Pl.

Komp. angelegte Radio-Anlagen
2-5 Köhren Apparate mit Lautsprecher
ALLERERSTE FABRIKATE

Sprechapparate v. 1.50 M. wöchentlich

SHERLOCK-GESELLSCHAFT m. B. H. BERLIN
Hackescher Markt 2-3 Tel. Norden 4791-93

Wandschmuckbilder
TEILZAHLUNG
ohne Anzahlung
kauft man direkt ab Fabrik
Kunstbilder - Rahmenfabrik
„Diamant“, Prenzlauer Str. 47
Katalog gratis.

Gegen rote Hände
und unklare Hautfarbe verwendet man am besten die scharfweiße, fettfreie **Crema Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unschätzbare Watcreme wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Pulver ist. Der nussartige Duft dieser Creme gleicht einem süßlich-apfelförmigen Frühlingstrank von Weichen, Rosenblüthen und Stiefel, ohne jenen berüchtigten Stoffgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 50 Pf. und 1 M. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einlieferung dieses Antrages als Drucksache mit genauer und deutlich gedruckter Adressenangabe auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probeportion kostenlos überboten durch **Des-Verte L. G.**, Dresden-N. 6

Porzellan
auch bis 722
12 Monatsraten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-125

Möbel-Beiser
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur, Einzelmöbel
in gediegener Qualität zu niedrigen Preisen
auf Teilzahlung!
Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336